

Datum: AntragstellerIn: SachbearbeiterIn: E-Mail: Telefon: Telefax:	16.12.2016 Brass, Thomas Rodriguez Maicas, José Ignacio j.rodriguez@gruene-fraktion-sb.de (0681) 905-1403	GRÜ/1330/16
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Integration Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	Sitzungsdatum 18.01.2017 07.02.2017	Status nicht öffentlich öffentlich
Betreff: Lizenzierte Abgabe von Cannabisprodukten		
Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird gebeten, einen Antrag beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf eine Ausnahmegenehmigung zum Betrieb von lizenzierten Abgabestellen von Cannabisprodukten in Saarbrücken zu erarbeiten (gemäß §3 Abs. 2 BtMG). Ziel ist eine streng regulierte Abgabe von Cannabisprodukten gekoppelt mit Schutz- und Präventionsangeboten anstelle des heute kriminalisierten oder unkontrollierten Handels. Der Antrag soll unter Einbeziehung von Suchthilfeträgern, Drogenexperten und der Polizei erarbeitet werden und insbesondere folgende Punkte berücksichtigen: <ul style="list-style-type: none"> • Klärung des rechtmäßigen Betriebs und notwendiger Kontrollen der Abgabestellen • Kontrolle der Qualität der Cannabisprodukte und des Verbraucher*innenschutzes • Regelung legaler Anbau-, Bezugs- und Verarbeitungsmöglichkeiten • Begrenzung der Abgabe an Volljährige, Einhaltung des Jugendschutzes • Gewährleistung des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses • Wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der Entwicklung zum Cannabiskonsum in Saarbrücken; u.a. Anzahl der gesundheitlichen Schädigungen; Erreichen der konsumierenden Zielgruppe, Entwicklung des Schwarzmarktes • Ausbau des Präventions- und Therapieangebotes 		

Begründung:

Verschiedenen Schätzungen zur Folge sterben jedes Jahr in Deutschland bis zu 70.000 Menschen durch den Missbrauch von übermäßigem Alkoholkonsum. Die Zahl der Cannabistoten hingegen liegt seit Jahren bei Null. Dennoch werden der Erwerb, die Herstellung und der Vertrieb von Cannabis kriminalisiert. Das führt zu negativen gesellschaftlichen Folgewirkungen wie Verurteilungen von Konsument*innen und stützt und finanziert teilweise mafiöse Strukturen. Das Strafrecht ist nicht zielführend.

Immer mehr Stimmen melden sich gegen die Kriminalisierung von Cannabis. Nach einem aktuellen Bericht des Senders n.tv bezweifeln die wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU, Joachim Pfeiffer, sowie der Grünen, Dieter Janecek, die Sinnhaftigkeit der Kriminalisierung. Viele Initiativen und Personen engagieren sich gegen die Kriminalisierung, unter ihnen namhafte Wissenschaftler und Kriminologen, wie z.B. die Strafrechtsprofessoren Lorenz Böllinger (Uni Bremen) und Egon Müller (Uni des Saarlandes).



Thomas Brass
- Sozialpolitischer Sprecher -

Anlagen: